



Antragsbuch

zum

40. Landeskongress

am 24. Februar 2007
in Schneeberg

Liebe Jungliberale,

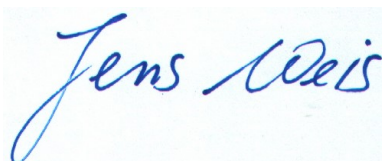
seit über einem Jahr taumelt Deutschland unter der großen Koalition hin und her. Das zähe Ringen zwischen den Koalitionspartnern ließ sogar schon die engagiertesten Mitstreiter unter jenen, wie Friedrich Merz (CDU), resignieren. Quantität statt Qualität hielt bei den Gesetzgebungsverfahren Einzug, wie zunehmende verfassungsrechtliche Bedenken bei der Gesetzgebung belegten. So wird auch Herr Schäuble nicht müde gegen das Bundesverfassungsgericht anzulaufen, egal ob es dabei um den Abschuss von Passagierflugzeugen geht oder das Ausspionieren von privaten Computern.

In Sachsen dagegen reicht es nicht einmal für Quantität. Die „große“ Koalition in Dresden nimmt sich gern Zeit für drängende Gesetze, ohne dass diese dadurch aber besser werden, wie die Regelungen zum Ladenschluss belegen. Gleiches gilt für die Reform des Hochschulgesetzes, welche seit nunmehr drei Jahren aussteht.

Ich danke allen Antragstellern, die auch diesmal wieder mit Ihrem Fleiß dazu beigetragen haben, dass wir wieder auf eine beachtliche Zahl von Anträgen aus den unterschiedlichsten Politikfeldern gekommen sind! Dass diese Mühen keinesfalls umsonst sind, konnten wir im Nachgang des letzten Landesparteitages der FDP sehen, wo wir zahlreiche Anträge nunmehr in die Beschlusslage der FDP Sachsen überführen konnten. Dies galt für unsere Beschlüsse zu E-Government, Jugendparlamenten, zur Antiterrorgesetzgebung, zum Querparken sowie zur Vorstellung von demokratischen Parteien in Schulen.

Eine gute Programmatik, die auf aktuelle Probleme Antworten gibt, ist dabei keinesfalls Selbstzweck, sondern muss als Grundlage für Kampagnen dienen. Nur so können wir auf die Fehler der Koalitionäre in der Öffentlichkeit aufmerksam machen und für unsere Ideen werben.

Ich wünsche Euch nun viel Freude beim Lesen des Antragsbuches!



A handwritten signature in blue ink that reads 'Jens Weis'.

Jens Weis

stellv. Landesvorsitzender für Programmatik

Inhalt

Nr. Thema des Antrages Antragsteller Seite

Bürgerrechte und Inneres

01	Für eine freie und eigenverantwortliche Gesellschaft ohne Kameraüberwachung	Landesvorstand	5
02	Sicherheits- nicht einnahmenorientierte Verkehrsüberwachung	Max Nedden (KV Leipzig)	8
03	Ausstellung von Waffenbesitzkarten	KV Dresden	10
04	Altersgrenze für Strafmündigkeit bei Jugendlichen beibehalten	KV Chemnitz	11
05	Abschaffung der Erbschaftssteuer	Matthias Fischer-Schäfer (KV Dresden)	12
06	§ 166 StGB streichen!	Sascha Hübsch (KV Zwickau)	13
07	Abschaffung des Berufspolitikertums – Mandatszeiten begrenzen!	Sascha Hübsch (KV Zwickau)	15
08	Sammelklage Vorratsdatenspeicherung unterstützen	KV Leipzig	16
09	Abschaffung des Tanzverbotes an Feiertagen	Lars Tanger (KV Dresden)	17

Bildung

10	Sachsens Hochschulen – Sachsens Zukunft - Für ein liberales Hochschulgesetz	Thomas Kunz (KV Dresden)	18
11	Einführung von Forschungsprofessuren	KV Dresden	21
12	Kein gläserner Schüler – keine Schülerstatistik!	Sascha Hübsch (KV Zwickau)	23
13	Religionsunterricht aus dem Lehrplan streichen	KV Erzgebirge	24

Kultur und Medien

14	Effiziente Medienaufsicht jetzt!	KV Leipzig	25
15	Keine Störerhaftung im Internet	KV Leipzig	26
16	Produktplatzierung in Medien	Katrin Säckel (KV Dresden)	27

Wirtschaft und Arbeit

17	Rechtsanspruch auf Bewerbungskostenzuschuss für ALGII-Empfänger	KV Chemnitz	28
18	Kein Aussetzen der Mietzahlungen für ALGII-Empfänger	KV Chemnitz	29
19	Abschaffung von 1-Euro-Jobs	KV Chemnitz	30

20	Liberalisierter Gasmarkt – Anbieterwechsel in Sachsen ermöglichen!	KV Löbau-Zittau	33
21	Chancengleichheit für Sachsens Händler	KV Leipzig	34
22	Für eine Transrapidstrecke in Sachsen	KV Dresden	35

Landesverband

23	Handlungsfähigkeit der jungliberalen Bundesarbeitskreise wiederherstellen	KV Erzgebirge	36
24	Nationalhymne auf sächsischen Landeskongressen singen	KV Erzgebirge	37
25	Juli-Hymne auf Landeskongressen in Sachsen gemeinsam singen	KV Erzgebirge	38

Jungliberale Aktion Sachsen 40. Landeskongress 24. Februar 2007, Schneeberg	Abstimmung:
Antrag Nr.: 01	Ja: _____
Thema: Für eine freie und eigenverantwortliche Gesellschaft ohne Kameraüberwachung!	Nein: _____
Antragssteller: Landesvorstand	Enthaltung: _____
	verwiesen an:

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2
3 **„Für eine freie und eigenverantwortliche Gesellschaft ohne**
4 **Kameraüberwachung!“**

5
6
7 **Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt Kameraüberwachung als**
8 **taugliches Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung ab!**

9
10 Die zahlreichen Beispiele aus Großbritannien – jenem Land wo die größte
11 Kameradichte weltweit existiert – belegen, dass Kriminalität lediglich an andere
12 Orte verlagert wird. Es folgte daraus bereits eine weitere Ausweitung der
13 Überwachung – eine Endlosspirale – die letztlich jeden Winkel des Lebens der
14 Bürger versucht zu überwachen, zu kontrollieren und zu regulieren.
15 Lautsprechersysteme, die zusammen mit den Kameras direkt auf die Bürger
16 einwirken und ihr Handeln normieren, gehören bereits zum Alltag.

17
18 Derzeit werden die Techniken zur Überwachung sogar noch weiter ausgebaut. So
19 ist es mittlerweile möglich, dass die Kamerabilder automatisch von einem
20 Computer ausgewertet werden, dieser dann eigenständig Behörden einschaltet
21 und das auch ohne eine vorherige richterliche Befugnis. Das Spektrum, welches
22 die programmierbaren Kameras in Großbritannien dabei umfassen können,
23 weitet sich enorm aus, ob ungezahlte Mautbeiträge, nicht gezahlte KFZ-
24 Versicherungen, Gesichtserkennung, Kennzeichenerkennung, automatische
25 Verschickung von Bußgeldbescheiden uvm., alles kann und wird bereits
26 automatisch per Computer erfasst. Auch in Deutschland werden solche Systeme
27 bereits eingesetzt. Der Freistaat Bayern setzt bereits 25 Kameras zur
28 Kennzeichenerkennung ein und andere Bundesländer wollen dem Beispiel folgen.

29
30 **Die Unschuldsvermutung in unserem Rechtssystem wird durch**
31 **Videoüberwachung ausgehebelt!**

32
33 Die Einstufung, ob jemand verdächtig ist oder nicht, wird immer stärker allein
34 von Computern vorgenommen. Der Mensch – der Polizist -, der mit seinem
35 Urteilsvermögen und seiner Berufserfahrung jene Einschätzung vornimmt, wird
36 abgelöst. Wenn ein Mensch per Computer als verdächtig eingestuft wird, z.B.
37 weil sich jemand zufällig in der Nähe eines Tatortes befand und von den Kameras
38 erfasst wurde, steht er somit ebenso unter Verdacht, wie der eigentliche Täter.

39
40 **Die Jungliberale Aktion tritt für eine Gesellschaft ein, die auf freie und**
41 **mündige Bürger vertraut und deren Eigenverantwortung stärkt!**

42

1 Videoüberwachung befördert jedoch das genaue Gegenteil. Auf dem Frankfurter
2 Flughafen gibt es bereits eine Kamera mit dem Programm "Smartcatch", die
3 keine Daten sammelt, sondern Verhalten auswertet! Bewegt sich jemand in
4 entgegengesetzter Richtung und nicht wie vorgesehen Richtung Ausgang, so wird
5 Alarm ausgelöst. Wer also etwas vergessen hat und nochmal umkehren muss, ist
6 verdächtig! In Zeiten geschürter Terrorhysterie kann dies tödlich sein, wenn
7 Sicherheitskräfte überreagieren und zum Gebrauch der Waffe greifen.

8
9 „Auffälliges Verhalten“ und sei es gar ein unauffälliges Verhalten kann zur
10 Verfolgung durch Ermittlungsbehörden führen. Eine Definition was dies sein soll,
11 wird danach von Computern und deren Programmieren vorgenommen. Jenen
12 Personen die für unsere Gesellschaft dann definieren, was erlaubt und was
13 verboten ist. Eine pluralistische Gesellschaft, die in den Unterschieden der
14 Menschen Chancen und stetige Entwicklungspotentiale sieht weicht einer
15 normierten Gesellschaftsordnung, in der sich die Bürger ständig darum bemühen
16 müssen, sich nicht „auffällig“ zu verhalten. Wer auf diese Art seine Freiheit
17 aufgibt, gibt auch die wichtigste Grundlage für unsere westliche Gesellschaft und
18 Demokratie auf!

19
20 **Die Jungliberale Aktion setzt sich für effektive Ermittlungsbehörden bei**
21 **konkreten Verdachtsfällen und unter richterlichen Vorbehalt ein. Wir**
22 **lehnen pauschalisierte Verdächtigungen durch Videoüberwachung ab!**

23
24 Die Auswertung von Videomaterial birgt immer Fehlerquoten, was noch verstärkt
25 wird, wenn diese ohne Kontrolle von Menschen erfolgt. Hundertprozentige
26 Genauigkeit können die Überwachungssysteme nicht garantieren. Dies räumen
27 selbst die Hersteller ein. So zeigen die Beispiele der Kennzeichenüberwachung in
28 Großbritannien, dass diese Zahlen- und Buchstabenanalyse auch mit sonstigen
29 Aufschriften auf Fahrzeugen verwechselt wird. Zu Unrecht beschuldigte Bürger
30 müssen dann mit den Unannehmlichkeiten solcher Fehler leben.

31
32 Die Jungliberale Aktion sieht darin jedoch eine große Gefahr, denn
33 Fehlentscheidungen gehen zu Lasten von Menschen und können zudem Leben
34 gefährden. So stellt sich die Frage, wer dafür haftet, wenn Rettungsfahrzeuge
35 und Vollzugsorgane aufgrund von Fehlinformationen ausrücken und stattdessen
36 für tatsächliche Bedrohungen fehlen.

37
38 **Die Jungliberale Aktion lehnt es dabei gerade ab, die verstärkten**
39 **Überwachungsmaßnahmen mit Terrorismusargumenten zu befürworten!**

40
41 Das angeführte Beispiel zeigt deutlich, dass sich terroristische Angriffe (z.B.
42 durch Hacker) auch auf Überwachungskameras richten können, um Einsatzkräfte
43 bewusst von möglichen Anschlagorten abzuziehen. Durch verstärkte
44 Überwachung das Vertrauen auf mehr Sicherheit zu erhöhen, ist somit eine
45 Illusion. So werden Überwachungsmechanismen selbst zum Ziel von Anschlägen.

46
47 Viel schlimmer ist es jedoch, dass dadurch das zivile Engagement – „der gesunde
48 Menschenverstand“ und die entsprechende Zivilcourage weiter abgesenkt wird.
49 Im Glauben daran, das ja ohnehin der Staat per Kameras über uns wacht und im
50 Zweifelsfall dann auch Polizei und Einsatzkräfte schon schnell genug vor Ort sein
51 werden, wird der unmündige Bürger weiter gefördert.

1 Zudem wird einem Abbau von notwendigen Sicherheitskräften – gerade im Zuge
2 von Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte – Vorschub geleistet. Diese
3 Sicherheitskräfte fehlen jedoch für ein zügiges Eingreifen in Gefahrensituationen,
4 bei der Auswertung der Überwachungsdaten, bei der Strafverfolgung, der
5 Prävention und beim Ausfall der vermeintlichen Überwachungssysteme.
6

7 **Die Jungliberale Aktion fordert die sächsische FDP, ihre kommunalen**
8 **Mandatsträger und die FDP Fraktion im sächsischen Landtag deshalb**
9 **auf, sich entschieden gegen jegliche Pläne zugunsten von mehr**
10 **Überwachungskameras zu stellen!**

11
12 Bisherige Pläne zugunsten von mehr Überwachung scheitern derzeit besonders
13 bei den Kommunen noch aufgrund fehlender Finanzmittel und nicht weil solche
14 Pläne grundsätzlich abgelehnt werden. Die Jungliberale Aktion fordert zudem
15 eine umfassende Aufklärung der Öffentlichkeit, welchen Entmündigungen die
16 Bürger Vorschub leisten, wenn sie auf Videoüberwachung vertrauen. Die FDP
17 muss hier ihre besondere Verantwortung als Partei der Bürgerrechte sowohl auf
18 kommunaler als auch auf Landesebene stärker ausbauen!
19

20 Begründung:

21
22 erfolgt ggf. mündlich

Jungliberale Aktion Sachsen	Abstimmung:
40. Landeskongress	Ja: _____
24. Februar 2007, Schneeberg	Nein: _____
Antrag Nr.: 02	Enthaltung: _____
Thema: Sicherheits- nicht einnahmenorientierte Verkehrsüberwachung	
Antragssteller: Max Nedden	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

„Sicherheits- nicht einnahmenorientierte Verkehrsüberwachung“

4

5 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert das Sächsische
6 Ordnungswidrigkeitengesetz (SächsOWIG) und die Verordnung der Sächsischen
7 Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über
8 Ordnungswidrigkeiten (OWiZuVO) dahingehend zu ändern, dass Verwarngelder,
9 die im Rahmen der Verkehrsüberwachung durch Landes- oder
10 Kommunalbehörden festgesetzt werden, nur noch in jener Höhe in die Kassen
11 der betreffenden Behörden fließen, die zur Deckung der unmittelbaren Kosten
12 der Überwachungsmaßnahme benötigt wird.

13 Anfallende Überschüsse sind über eine Stiftung öffentlichen Rechts
14 gemeinnützigen Zwecken zuzuführen.

15

16 **Begründung**

17

18 Die Tatsache, dass die im Rahmen der Verkehrsüberwachung erzielten
19 Einnahmen derzeit direkt dem Landes- bzw. den Kommunalhaushalten zugute
20 kommen, hat negative Auswirkungen in zweifacher Hinsicht:

21

22 Erstens wird bei den Bürgern immer wieder der Verdacht geschürt, dass die
23 durchgeführten Maßnahmen lediglich der „Abzocke“ durch die Behörden und
24 weniger der Verkehrssicherheit dienen; dies untergräbt langfristig die Akzeptanz
25 der Verkehrsüberwachung.

26 Zweitens kommt es möglicher Weise zu einer Fehlallokation der vorhandenen
27 Ressourcen, weil beispielsweise Radarwagen nicht an den
28 sicherheitsrelevantesten Punkten kontrollieren, sondern vielmehr dort positioniert
29 werden, wo die höchsten Einnahmen zu erwarten sind.

30

31 Die Einrichtung einer Stiftung soll die unabhängige, landesweite Vergabe der
32 erzielten Überschüsse zu gemeinnützigen Zwecken sicherstellen und gleichzeitig
33 verhindern, dass Kommunen die Gelder zur Förderung gemeinnütziger Zwecke
34 verwenden, die ohnehin Positionen ihres Haushaltes darstellen. Einer
35 Verwendung der Bußgelder zur „Haushaltsentlastung durch die Hintertür“ wird
36 somit vorgebaut.

37

38 Eindrucksvoll unterstrichen werden die oben angesprochenen negativen
39 Auswirkungen der jetzigen Regelung durch eine Informationsvorlage der Stadt
40 Leipzig vom 20.09.2006.

41

1 In dem mit „Sicherung des Planansatzes Einnahmen im Haushaltsjahr 2006 und
2 Erhöhung der Einnahmen ab dem Haushaltsjahr 2007 im Ordnungsamt“
3 überschriebenen Papier heißt es unter anderem:

4
5 „Für den Bereich der Verkehrsüberwachung ist die Zuführung von mindestens 8
6 Mitarbeitern (ruhender und fließender Verkehr) bereits im Januar 2005 beantragt
7 worden, um Einnahmeverlusten gegenzusteuern.“

8
9 Um den Zuschussbedarf im Ordnungsamt zu reduzieren werden verschiedene
10 Maßnahmen vorgeschlagen, u.a.:

11
12 „[...] gezielte Durchsetzung der Verkehrssicherheit [...]“

13 „[...] Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten mit geeignetem Personal [...]“

14 „[...] vertretbare Erhöhung von Gebühren in ausgewählten Aufgabenbereichen
15 [...]“

16 Weiterhin wird die Anschaffung zusätzlicher Technik zur Verkehrsüberwachung
17 befürwortet und ein detaillierter Vergleich der Einnahmen anderer Städte im
18 Bereich der Verkehrsüberwachung angestellt.

19
20 Abschließend heißt es:

21 „In Abhängigkeit von der Umsetzung vorgenannter Maßnahmen wird der
22 Zuschuß im Verwaltungshaushalt 2007/2008 bezogen auf die erreichte
23 Einnahmeerhöhung gekürzt.“

24
25 Deutlicher kann man die hinter der Verkehrsüberwachung stehende Motivation
26 kaum machen. Glücklicherweise wurde dieses Papier nach der Intervention der
27 FDP/Bürgerfraktion im Stadtrat vom Oberbürgermeister zunächst zurückgezogen.

28
29 Dass dies jedoch nicht das letzte Wort sein wird, bewies der städtische
30 Ordnungsbeigeordnete Heiko Rosenthal (Linkspartei) in einem LVZ-Interview
31 vom 30.01.2007, in dem er auf die Frage, ob die Einnahmeverluste im Bereich
32 der Bußgelder nun stärkeres Abkassieren nach sich ziehen werden, nicht etwa
33 antwortete, dass er sich über das offensichtlich korrekte Fahrverhalten der
34 Leipziger freue, sondern sagte:

35 „[...] [wir] müssen uns im Klaren sein, was wir mit den Politessen erreichen
36 wollen: in Größenordnungen ahnden oder Präsenz zeigen und uns an
37 Schwerpunkten aufhalten? Darüber gilt es sich neu zu verständigen.“

38
39 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich

40

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 03
Thema: Ausstellung von Waffenbesitzkarten

Antragssteller: KV Dresden

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **Ausstellung von Waffenbesitzkarten**

4

5 Die Jungen Liberalen sprechen sich für eine strengere Regelung zur Ausstellung
6 und Verlängerung von Waffenbesitzkarten aus. Die Überprüfung der Eignung und
7 Zuverlässigkeit von Inhabern einer waffenrechtlichen Erlaubnis hat mindestens
8 einmal jährlich von der zuständigen Behörde stattzufinden.

9

10 Die Jungen Liberalen setzen sich für eine grundlegende Überarbeitung des
11 Waffengesetzes ein. Es gilt zu überprüfen, inwiefern überhaupt die Notwendigkeit
12 besteht, Privatpersonen eine Erlaubnis zu erteilen, Waffen zum Sport und Spiel in
13 ihren Wohnräumen zu verwahren.

14

15 Begründung: erfolgt mündlich

Jungliberale Aktion Sachsen	Abstimmung:
40. Landeskongress	Ja: _____
24. Februar 2007, Schneeberg	Nein: _____
Antrag Nr.: 04	Enthaltung: _____
Thema: Altersgrenze für Strafmündigkeit bei Jugendlichen beibehalten	
Antragssteller: KV Chemnitz	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **Altersgrenze für Strafmündigkeit bei Jugendlichen beibehalten**

4

5 Die Jungen Liberalen lehnen Forderungen nach einer Herabsetzung der
6 Altersgrenze für die Strafmündigkeit bei Jugendlichen ab!

7 Nahezu regelmäßig werden Forderungen laut, nach denen Jugendliche bereits
8 unter 14 Jahren als strafmündig betrachtet werden sollen. Anstatt die
9 Altersgrenze heruntersetzen zu wollen fordern die Jungen Liberalen dazu auf, die
10 Maßnahmen zu stärken, die das Bewusstsein für strafbare Handlungen bei
11 Jugendlichen stärken. Hierzu gehört auch der weitere Ausbau von sog.
12 Schülergerichten. Die Jungen Liberalen erachten die bisherigen Regelungen des
13 Jugendstrafrechts als völlig ausreichend!

14

15 Begründung:

16

17 Vermeintlich zunehmende Gewalt bei Jugendlichen wird oft dazu genutzt, um
18 Forderungen für eine Herabsetzung der Strafmündigkeit zu legitimieren. Die
19 Straftaten von Jugendlichen sind jedoch statistisch erwiesen rückläufig und auf
20 dem niedrigsten Stand seit Jahren. Zuletzt erhob sogar die FDP Berlin,
21 Fraktionsvorsitzender Martin Lindner, im Abgeordnetenhauswahlkampf 2006
22 solcherlei populistische Forderungen (nachzulesen in Berliner Morgenpost vom
23 29. Mai 2006).

Jungliberale Aktion Sachsen	Abstimmung:
40. Landeskongress	Ja: _____
24. Februar 2007, Schneeberg	Nein: _____
Antrag Nr.: 05	Enthaltung: _____
Thema: Abschaffung der Erbschaftssteuer	
Antragssteller: Matthias Fischer-Schäfer (KV Dresden)	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Abschaffung der Erbschaftssteuer“**

4

5 Die Jungliberale Aktion Sachsen (JuliA) fordert die Abschaffung der
6 Erbschaftssteuer in Deutschland. Stattdessen soll das Stifterrecht in Deutschland
7 nach amerikanischem Vorbild novelliert werden.

8 Die FDP wird aufgefordert, dazu entsprechende Initiativen zu ergreifen.

9

10

11 Begründung:

12

13 erfolgt mündlich

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 06
Thema: § 166 StGB streichen!

Antragssteller: Sascha Hübsch (KV Zwickau)

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2
3 **„§ 166 StGB streichen!“**

4
5 Die jungen Liberalen fordern die ersatzlose Streichung des § 166 des
6 Strafgesetzbuches: „Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften
7 und Weltanschauungsvereinigungen“, da jener die Meinungsfreiheit in Abwägung
8 mit der Religionsfreiheit unangemessen einschränkt.

9
10 Begründung:

11
12 Die Religionsfreiheit ist ein wichtiger Wert, den wir respektieren. In der
13 Deklaration der Menschenrechte wurde jene folgendermaßen festgelegt:

14
15 „Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit;
16 dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu
17 wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in
18 Gemeinschaft mit anderen in der Öffentlichkeit oder privat durch Lehre,
19 Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung eines Ritus zu bekunden.“

20
21 Durch den § 166 StGB wird nun keines dieser Ansprüche geschützt, sondern die
22 Störung des „öffentlichen Friedens“ durch eine wie auch immer geartete
23 „Beschimpfung“ wird als Maß herangezogen. Die Störung des öffentlichen
24 Friedens durch die Beschimpfung kann man sich etwa so vorstellen, wie die
25 gewalttätigen Proteste beim Karikaturenstreit in der dritten Welt. Hierbei wird
26 verkannt, dass der eigentliche Rechtsverstoß bei den gewalttätigen Protesten
27 liegt und nicht bei der Meinungsäußerung.

28
29 Besonders hervorzuheben ist, dass weder der Begriff der Beschimpfung näher
30 geklärt ist, noch wann die Beschimpfung den öffentlichen Frieden gefährde.
31 Jegliche negative Äußerung, sei es auf Klopapier aufgedruckt: „Koran, der heilige
32 X“ oder „Jesus ist doof“, wären dafür geeignet bei besonders gläubigen
33 Fanatikern unschöne Aggressionen auszulösen.

34
35 Schon in seiner jetzigen Fassung stellt der Paragraph 166 StGB eine ständige
36 Bedrohung für die pluralistisch verfasste Gesellschaft dar, er widerspricht der
37 produktiven Streitkultur der Aufklärung. Der Paragraph schützt religiöse und
38 weltanschauliche Bekenntnisse vor Kritik.

§ 166

Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und
Weltanschauungsvereinigungen

(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 07
Thema: Abschaffung des Berufspolitikertums –
Mandatszeiten begrenzen!
Antragssteller: Sascha Hübsch (KV Zwickau)

Abstimmung:

Ja: _____
Nein: _____
Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Abschaffung des Berufspolitikertums – Mandatszeiten begrenzen!“**

4

5 Die Ausübungszeit von Mandaten in den deutschen Parlamenten des Bundes und
6 der Länder wird durch lediglich eine mögliche Wiederwahl auf zwei Amtszeiten
7 beschränkt.

8

9 Begründung:

10

11 Die Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft hat jegliche Bereiche erfasst. Die
12 Notwendigkeit der Einarbeitung in komplexe politische Sachverhalte hat dazu
13 geführt, dass es den Berufspolitiker gibt. Der größte Nachteil einer Begrenzung
14 der Mandatszeit dieser Berufsgruppe ist folglich, dass es durchaus gute Politiker
15 gibt. Demgegenüber steht der Vorteile einer solchen Regelung – die schlechten,
16 z.B. lebensfernen oder an hauptsächlich an PR und Machtspielen interessierte
17 Politiker werden ausgesondert.

18

19 Wiegt man Nach- und Vorteile auf, kommt es zu folgender Feststellung: Die
20 Gefahr, dass gute Politiker keine weitere Mandatszeit wahrnehmen können
21 erachte ich geringer als die Chance, dass schlechte Politiker ausgesondert
22 werden. Zudem besteht für sehr gute Politiker auch die Möglichkeit in anderen
23 gesellschaftlichen Bereichen ihre Fähigkeiten einzusetzen. Das Mandat sollte eine
24 befristete Tätigkeit sein, keine Berufskarriere: „Politik ist kein Beruf und keine
25 Lebenskarriere, sondern Wählerauftrag.“

26

27 Ein Ausspruch lautet bekanntlich: „Es gibt Politiker die können nicht mal gehen.“
28 So kritisiert ein erfahrener Bundestagsabgeordneter, dass immer mehr Politiker
29 ins lebensferne Berufspolitikertum treiben: „Die Zahl der nicht mehr in einen
30 bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten nimmt zu.“

Jungliberale Aktion Sachsen 40. Landeskongress 24. Februar 2007, Schneeberg	Abstimmung:
Antrag Nr.: 08	Ja: _____
Thema: Sammelklage Vorratsdatenspeicherung unterstützen	Nein: _____
Antragssteller: KV Leipzig	Enthaltung: _____
	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Sammelklage Vorratsdatenspeicherung unterstützen“**

4

5 Der Landeskongress möge beschließen:

6 Der Landeskongress der Jungliberalen Aktion Sachsen fordert den
7 Landesvorstand auf, zu prüfen, inwieweit sich JuliA Sachsen an der geplanten
8 Verfassungsbeschwerde gegen die von der Bundesregierung initiierte
9 Vorratsdatenspeicherung beteiligen kann, und die Beschwerde ggf. als
10 Beschwerdeführer mit zu unterstützen.

11

12 Begründung:

13

14 Die Bundesregierung plant seit einiger Zeit ein Gesetz zur Einführung der
15 Vorratsdatenspeicherung: Der Ende 2006 von Bundesjustizministerin Brigitte
16 Zypries vorgelegte Entwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie sieht vor, alle
17 Verbindungsdaten des Telefon-, Handy- und E-Mail-Verkehrs für jeweils sechs
18 Monate zu speichern, damit die Daten bei Bedarf zu Fahndungszwecken genutzt
19 werden können. Bei Handy-Telefondaten und SMS soll auch der jeweilige
20 Standort des Benutzers festgehalten werden. Anonyme E-Mail-Konten und
21 Anonymisierungsdienste sollen verboten werden. Mit Hilfe der gespeicherten
22 Daten könnten Bewegungsprofile erstellt, geschäftliche Kontakte rekonstruiert
23 und Freundschaftsbeziehungen identifiziert werden.

24 Für den Fall, dass ein solches Gesetz beschlossen wird, haben bereits mehrere
25 Tausend Bürger einem Berliner Rechtsanwalt Vollmacht für die Vertretung vor
26 dem Bundesverfassungsgericht ausgestellt. JuliA Sachsen sollte sich, so gut es
27 geht, daran beteiligen, ggf. auch in Gestalt natürlicher Personen. Für
28 Verfassungsbeschwerden entstehen keine Kosten.

29

30 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich

Jungliberale Aktion Sachsen

40. Landeskongress

24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 09

Thema: Abschaffung des Tanzverbotes an Feiertagen

Antragssteller: Lars Tanger (KV Dresden)

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Abschaffung des Tanzverbotes an Feiertagen“**

4

5 Das Tanzverbot an den Feiertagen Volkstrauertag, Totensonntag, Buß & Betttag
6 und Karfreitag ist abzuschaffen.

7

8 Begründung:

9

10 Alle die von Freiheit träumen, sollen das Feiern nicht versäumen, sollen tanzen
11 auch auf Gräbern!

<p>Jungliberale Aktion Sachsen 40. Landeskongress 24. Februar 2007, Schneeberg</p> <p>Antrag Nr.: 10 Thema: Sachsens Hochschulen – Sachsens Zukunft - Für ein liberales Hochschulgesetz</p> <p>Antragssteller: Thomas Kunz (KV Dresden)</p>	<p>Abstimmung:</p> <p>Ja: _____</p> <p>Nein: _____</p> <p>Enthaltung: _____</p> <p>verwiesen an:</p>
--	--

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Sachsens Hochschulen – Sachsens Zukunft - Für ein liberales**
 4 **Hochschulgesetz“**

5

6 Freie Lehre und freie Forschung brauchen freie Hochschulen. Die Jungliberale
 7 Aktion Sachsen fordert eine Reform des sächsischen Hochschulgesetzes, die
 8 diesen Namen auch verdient. Sachsen ist mit dem derzeitigen Gesetz, das einst
 9 zu den Innovativsten der Republik gehörte, durch das Verschulden und
 10 Verzögern des SPD-geführten Wissenschaftsministeriums zum Schlusslicht der
 11 Nation geworden. Um mit der Hochschulgesetznovelle nicht auch noch zum
 12 Lächer der Nation zu werden, setzt sich JuliA Sachsen dafür ein, endlich liberale
 13 Maßstäbe an die Hochschullandschaft zu legen. Leistung muss sich lohnen, ob in
 14 der Lehre, in der Forschung, oder beim Geld sparen. Freiheit muss Raum für
 15 Innovationen und Kreativität schaffen. Nur wenn den sächsischen Hochschulen
 16 die kurze Leine des Landes gelöst und nicht durch eine neue ersetzt wird, kann
 17 das vom Freistaat in seine Einrichtungen investierte Geld effektiv genutzt
 18 werden. Die Lenkung der sächsischen Hochschullandschaft durch das SMWK
 19 sollte sich auf die Verhandlung von Zielvereinbarungen und der Kontrolle von
 20 Rahmenbedingungen, wie dem Gleichbehandlungsgrundsatz u.a. beschränken.

21

22 Die sächsische Hochschullandschaft

23

24 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Gleichstellung von Hochschulen und
 25 Fachhochschulen. Ein Studium an Fachhochschulen in vergleichbaren Fächern
 26 endet mit demselben BA/MA wie an den Universitäten. Der praxisnahe Unterricht
 27 ändert nichts an der wissenschaftlichen Qualifikation der Absolventen. Es gibt
 28 keinen Grund den Fachhochschulen das Promotionsrecht zu verweigern.

29

30 Auch die Berufsakademien des Freistaates gehören in das Sächsische
 31 Hochschulgesetz. Eine Sonderrolle ist nicht vertretbar, zumal sie mit ihrer
 32 Mischung aus Beruf und Wissenschaft eine Bereicherung der sächsischen
 33 Hochschullandschaft sind.

34

35 Die Zahl der Hochschulen in Sachsen ist zu überdenken. Gerade im Bereich der
 36 Kunsthochschulen sind Zusammenschlüsse sinnvoll, um den Sparzwängen durch
 37 Bündelung der Stärken entgegen zu treten. JuliA Sachsen tritt dafür ein, dass
 38 sich die drei Kunsthochschulen Dresdens genauso wie die zwei Kunsthochschulen
 39 in Leipzig vereinigen.

40

41 Wir sprechen uns auch gegen ein kategorisches Nein zu Rechtsformänderungen
 42 der Hochschulen aus.

1 Finanzen

2

3 Die Jungliberale Aktion fordert die Einführung eines echten Globalhaushaltes an
4 allen sächsischen Hochschulen und die Hoheit der Hochschulleitung über
5 Liegenschaften und Bauvorhaben. Das Prinzip der Kameralistik, das die freie
6 Verwendung der Mittel einschränkt, ist ebenso aufzuheben wie die
7 Stellenplanbindung. Im Gegenzug haben die Hochschulen entsprechende
8 Zielvereinbarungen mit dem Land zu treffen, die den Forderungen des Bildungs-
9 und Wirtschaftsstandortes Sachsen und ihren finanziellen Ressourcen gerecht
10 werden. Nach der Erfüllung dieser Zielvereinbarungen richten sich die
11 Zuwendungen des Landes bei den nächsten Verhandlungen.

12

13 Berufungen und Berufene

14

15 Das Berufungsverfahren muss gestrafft und die Gremien für eine effektive Arbeit
16 von unnötigen Diskussionen befreit werden. Eine starke Universität ruht auf den
17 Fundamenten von starken Fakultäten. Deshalb gehört die Entscheidung über
18 neue Kollegen in die Hand der Fakultät. Senat und Rektorat brauchen, genau wie
19 der Gleichstellungsbeauftragte, lediglich ein Veto-Recht, um ihre
20 Kontrollfunktionen auszuüben. Der Hochschulrat und das Land sind in
21 Berufungen nicht einzubinden, der Hochschulrat hat jedoch Vetorecht bei
22 Neubesetzung oder Schaffung einer Professorenstelle.

23

24 Die liberale Vorstellung von lohnender Leistung ist mit der Verbeamtung von
25 Hochschulangehörigen nicht vereinbar. Sie gehört abgeschafft. Den heute in
26 Berufungsverfahren üblichen Gutachten durch andere Professoren sollen zur
27 besseren Bewertung der Lehrfähigkeit immer die letzten Evaluationen der
28 Lehrveranstaltungen des Kandidaten bei gegeben werden. Das Gehalt eines
29 Professors sollte frei verhandelbar sein.

30

31 Wir fordern eine Pflicht zur Veröffentlichung von Lehrevaluationen und
32 Lehrdeputaten. Wettbewerb kann es nur mit Vergleich geben, auch bei der
33 Lehre. Dabei soll sich kein Dozent aus der Verantwortung stehlen können. Es
34 muss klar sein, wie ein Dozent bei seiner „Kundschaft“ abgeschnitten hat und es
35 muss auch klar sein, ob er sein vorgeschriebenes Pensum an
36 Lehrveranstaltungen erfüllt.

37

38 Liberale Gremien

39

40 Einer der großen Fragen des neuen Hochschulgesetzes wird die Stellung des
41 Dreigestirns Hochschulrat, Rektorat und Senat sein. Die Jungliberale Aktion
42 Sachsen setzt sich dafür ein, den Senat als oberstes Organ der Universität zu
43 etablieren. Er muss eine, seiner Bedeutung entsprechenden Größe haben und
44 alle Dekane und die Hochschulgruppen umfassen. Unter dem Vorsitz des mit
45 Stimmrecht ausgestatteten Rektors muss der Senat hochschulöffentlich tagen,
46 um das Konzil des alten Hochschulgesetzes zu ersetzen. Bei personellen Fragen
47 kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

48

49 Der Hochschulrat setzt sich aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft und
50 Berufspraxis zusammen. Sie werden paritätisch vom Land und der Hochschule
51 gewählt. Das SMWK soll keinen Einfluss auf die Wahl der Hochschule haben. Dem
52 Hochschulrat sollen keine Mitglieder der Hochschule angehören. Der Hochschulrat

1 hat Vetorecht in wichtigen, die gesamte Hochschule betreffenden,
2 Entscheidungen. Er hat Antragsrecht im Senat, jedoch kein Stimmrecht.

3

4 Das Rektorat besteht aus dem Rektor seinen Stellvertretern und dem Kanzler.
5 Der Rektor wird in einer hochschulweiten Wahl ermittelt. Der Grundsatz, nach
6 dem wichtige Entscheidungen der Hochschule nicht gegen den Willen der
7 Mehrheit der Hochschullehrer getroffen werden dürfen, soll auch bei diesem
8 Wahlverfahren erfüllt sein. Seine Stellvertreter werden vom Senat auf Vorschlag
9 des Rektors gewählt. Der Kanzler wird vom Rektoratskollegium bestellt, Senat
10 und Hochschulrat haben Vetorecht. Rektor- und Kanzlerposten werden öffentlich
11 ausgeschrieben. Der Kanzler muss im Gegensatz zum Rektor kein Mitglied der
12 Gruppe der Hochschullehrer sein, wichtig ist ein hohes Wissen im
13 Verwaltungsbereich.

14

15 **Studentisches Mitbestimmungsrecht**

16

17 Die Jungliberale Aktion Sachsen bekennt sich zur studentischen Beteiligung an
18 der Selbstverwaltung der sächsischen Hochschulen. Studenten sind ein Korrektiv
19 in den Hochschulgremien, gerade wenn Professoren wieder ihre kleine Welt aus
20 der Elfenbeinturm-Sicht betrachten. Eine eher symbolische Beteiligung bringt
21 aber weder der Hochschule noch den Studenten etwas. Deshalb brauchen die
22 Gremien auch eine sinnvolle Größe, damit der Wille der Studentenschaft auch
23 sichtbar wird.

24

25 **Begründung: Erfolgt mündlich**

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 11
Thema: Einführung von Forschungsprofessuren

Antragssteller: KV Dresden

Abstimmung:

Ja: _____
Nein: _____
Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2
3 **„Einführung von Forschungsprofessuren“**

4
5 Die Jungliberale Aktion fordert die Einführung einer Forschungsprofessur an
6 sächsischen Hochschulen. Damit sollen in Zeiten knapper öffentlicher Kassen die
7 Hochschulen effektiver nötige Drittmittel einwerben können und ausgezeichneten
8 Forschern, denen die Fähigkeit zur Lehre fehlt, trotzdem die Möglichkeit gegeben
9 werden, eine Professur auszufüllen.

10
11 Nach dem gültigen Hochschulgesetz ist ein Professor ein zur Forschung und
12 Lehre verpflichteter Beamter. Neben der Forschung, der einzigen Möglichkeit für
13 die Universität, Drittmittel einzuwerben, muss der Professor noch ein bestimmtes
14 Pensum an Lehre absolvieren. Dieses Pensum wird nicht von allen Dozenten in
15 ausreichender Qualität geleistet, meist, weil ihre Fähigkeiten eher bei der
16 Forschung liegen.

17
18 Eine Fakultät, die ihre Lehre mit ihren Professoren nach heutigem Muster (weiter
19 FL-Professoren genannt) sicherstellen kann, soll die Möglichkeit erhalten,
20 Forschungsprofessuren einzurichten. Ein Forschungsprofessur wird nicht
21 verbeamtet und ist befristet eingestellt. Die Habilitation oder eine gleichwertige
22 Leistung ist auch bei ihm Voraussetzung für die Einstellung. Er hat keine
23 Lehrverpflichtungen zu leisten, mit Ausnahme von Colloquien. Im Gegensatz zu
24 einem FL-Professor soll er mindestens 2/3 weniger öffentliche Mittel erhalten und
25 damit einen Anreiz zur Einwerbung von Drittmitteln bekommen. Sein Gehalt ist
26 frei verhandelbar. Sein Deputat fließt gesondert in den Forschungsbericht der
27 Fakultät ein, um einen Vergleich der Wirksamkeit seiner Professur zu den FL-
28 Professuren zu ermöglichen.

29
30 Die sonstigen Verpflichtungen eines Hochschuldozenten, wie die Mitarbeit in der
31 Selbstverwaltung soll der Forschungsprofessor auch erfüllen.

32
33 **Begründung**

34
35 Jeder Student wird in seinem Studium schon einmal die Erfahrung mit einem
36 Dozenten gemacht haben, der zwar ein ausgezeichneter Forscher ist, jedoch eine
37 wahre Null beim Halten von Vorlesungen und Seminaren. Solche Fachidioten auf
38 die Studentenschaft zu hetzen, ist unfair und kontraproduktiv. Sie sind in ihren
39 Laboren besser aufgehoben und leisten dort für die Uni auch einen größeren
40 Beitrag als in den Hörsälen.

1 In Zeiten, in denen die Fakultäten mehr denn je auf Drittmittel angewiesen sind,
2 ist eine Forschungsprofessur ein wahrer Turbo in der Außenwirkung. Sie bedeutet
3 Prestige, da eine höhere Anzahl von Publikationen und Forschungsergebnissen
4 geleistet wird. Sie bedeutet den schönen Mammon, ohne den es auch in der Uni
5 nicht geht, da der Forschungsprofessor mehr Projekte, die drittmittelwürdig sind,
6 anschieben und betreuen kann.

7
8 Es ist davon auszugehen, dass die Forschungsprofessuren durch den Zwang,
9 dass die Lehre vor ihrer Einrichtung erst sichergestellt sein muss und die reine
10 Beschäftigung mit der Forschung, sehr gefragt sein werden. Die Uni hätte die
11 Möglichkeit, hochrangige Forscher in ihre Reihen aufzunehmen, die nicht der
12 Bezahlung wegen nach Sachsen kommen, sondern weil die Bedingungen,
13 zumindest zum Teil, einfach stimmen.

Jungliberale Aktion Sachsen 40. Landeskongress 24. Februar 2007, Schneeberg	Abstimmung:
Antrag Nr.: 12	Ja: _____
Thema: Kein gläserner Schüler – keine Schülerstatistik!	Nein: _____
Antragssteller: Sascha Hübsch (KV Zwickau)	Enthaltung: _____
	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Kein gläserner Schüler – keine Schülerstatistik!“**

4

5 Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen eine bundesweite Schülerstatistik wie
6 sie von der KMK angestrebt wird aus. Eine Beteiligung an dem Workshop der
7 KMK möge der Bundesverband anstreben, um unsere Bedenken einzubringen.

8

9 Begründung:

10

11 Das Ziel der Schülerstatistik ist es Daten für die Organisation und Planung des
12 Schulsystems zu haben. Derartige Statistiken existieren auch bereits, indem die
13 in den Schulen vorhandenen Daten anonymisiert zusammengeführt werden. Mit
14 der „Schüler-ID“ könnten zukünftig Profildaten wie Nationalität, Muttersprache,
15 soziale Herkunft zusammen mit Daten zur „Schulkarriere“ (Art der Schule,
16 Schwerpunkte) gespeichert werden, wie es in der Entschliebung der 72.
17 Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder heißt:

18

19 „Es soll auf Landesebene in einer Datei für jede Schülerin und jeden Schüler
20 sowie für jede Lehrerin und jeden Lehrer für das gesamte "Schulleben" ein
21 umfangreicher Datensatz angelegt werden. Hierzu erhält jede Person eine
22 Identifikationsnummer, was auf ein pseudonymisiertes Register hinausläuft. Die
23 Länderdateien sollen überdies zu einer bundesweiten Datenbank
24 zusammengefasst werden. Die spätere Ergänzung des Schülerdatensatzes mit so
25 genannten sozialökonomischen Daten über das Elternhaus sowie eine
26 Einbeziehung der Kindergarten- und Hochschulzeit ist beabsichtigt. Eine präzise
27 und einheitliche Zweckbestimmung lässt sich den bisherigen Äußerungen der
28 Kultusministerkonferenz nicht entnehmen.“

29

30 Bei der Nutzung dieser Daten besteht hingegen keine Klarheit – hier ist eine
31 individuelle Förderung denkbar, aber auch eine Diskriminierung, welche wir uns
32 lieber nicht ausmalen wollen. Die der Datenschutzbeauftragten des Bundes und
33 der Länder urteilen:

34

35 „Wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, ist eine Totalerhebung nur
36 zulässig, wenn der gleiche Erfolg nicht mit weniger einschneidenden Maßnahmen
37 erreicht werden kann. Im Hinblick auf die bereits gewonnenen Ergebnisse aus
38 stichprobenartigen und weitgehend auf Freiwilligkeit beruhenden
39 wissenschaftlichen Untersuchungen (wie PISA, IGLU oder TIMSS) erscheint die
40 Notwendigkeit der geplanten Einrichtung eines bundesweiten zentralen schüler-
41 bzw. lehrerbezogenen "Bildungsregisters" nicht dargetan. Ein solches Register
42 wäre ein nicht erforderlicher und damit unverhältnismäßiger Eingriff in das
43 informationelle Selbstbestimmungsrecht.“

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 13
Thema: Religionsunterricht aus Lehrplan streichen

Antragssteller: KV Erzgebirge

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Religionsunterricht aus dem Lehrplan streichen“**

4

5 Die Jungliberale Aktion fordert, den Religionsunterricht aus dem Lehrplan zu
6 streichen.

7 Diesbezüglich wird ebenso die Streichung des Artikels 7 Absatz 2 und 3 GG
8 gefordert.

9

10 Begründung:

11

12 Der Religionsunterricht an staatlichen Schulen steht im Widerspruch zur strikten
13 Trennung von Kirche und Staat in der Bundesrepublik Deutschland. Den
14 Religionsgemeinschaften steht es frei, außerhalb der Schulzeit in ihren eigenen
15 Einrichtungen religiöse Lehrveranstaltungen anzubieten.

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 14
Thema: Effiziente Medienaufsicht jetzt!

Antragssteller: KV Leipzig

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Effiziente Medienaufsicht jetzt!“**

4

5 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Fusion der Thüringer
6 Landesmedienanstalt (TLM) mit der Sächsischen Landesanstalt für privaten
7 Rundfunk und neue Medien (SLM) sowie der Medienanstalt Sachsen-Anhalt
8 (MSA) zu einer gemeinsamen Medienanstalt der Bundesländer Thüringen,
9 Sachsen und Sachsen-Anhalt.

10 Diese soll die Aufgaben der bisherigen Anstalten bündeln, und kosteneffizienter
11 durchführen. Langfristig soll die neugeschaffene Anstalt mit den anderen
12 Medienanstalten Deutschlands zur Bundesmedienanstalt der Länder fusionieren.

13

14 Begründung

15

16 Die Fusion der Landesmedienanstalten von Berlin und Brandenburg hat bereits
17 Synergieeffekte aufgezeigt.

18 Umfassende Regelungen für den deutschen Rundfunk werden durch die EU, die
19 Bundesebene oder durch Staatsverträge aller 16 Bundesländer getroffen. Es ist
20 nicht einzusehen, warum die Rundfunkaufsicht in Kleinstaaterei verhaftet bleibt.

21

22 Weitere Begründung erfolgt mündlich

Jungliberale Aktion Sachsen 40. Landeskongress 24. Februar 2007, Schneeberg	Abstimmung:
Antrag Nr.: 15	Ja: _____
Thema: Keine Störerhaftung im Internet!	Nein: _____
Antragssteller: KV Leipzig	Enthaltung: _____
	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Keine Störerhaftung im Internet!“**

4

5 JuliA Sachsen spricht sich gegen die durch Rechtsprechung faktisch geschaffene
6 Regelung zur so genannten Störerhaftung im Internet aus.

7

8 Die gesetzlich normierte Regelung, die Host Provider oder Seitenbetreiber dazu
9 verpflichtet, bei Kenntniserlangung rechtswidrige Inhalte unverzüglich zu
10 entfernen, wobei der jeweilige Kunde des Host Providers bzw. der Anbieter oder
11 Autor der Inhalte schuldhaft handelt, ist ausreichend. Insbesondere Betreiber
12 von Internetforen und Anbieter von Online-Marktplätzen dürfen nicht für die
13 Artikel oder Beiträge ihrer Besucher oder Kunden haften, eine sinnvolle
14 präventive Kontrolle ist technisch nicht möglich, der Anspruch von in ihren
15 Rechten verletzten Dritten darf sich nicht gegen die Betreiber richten.

16

17 Begründung:

18

19 erfolgt mündlich

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 16
Thema: Produktplatzierung in Medien

Antragssteller: Katrin Säckel (KV Dresden)

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2
3 **„Produktplatzierung in Medien“**

4
5 Die Jungliberalen lehnen ein grundsätzliches Verbot von Produktplatzierungen in
6 Medien ab. Bei der zunehmenden Verschmelzung von Werbung und
7 redaktionellen Beiträgen müssen Verbraucher jedoch zwischen Inhalt und
8 Werbung unterscheiden können, Produktplatzierung muss für den Verbraucher
9 nachvollziehbar sein. Nach Ansicht der Jungliberalen sind die Reglementierungen
10 für Produktplatzierung in Medien jedoch auf ein Mindestmaß zu beschränken.

11
12 Werbung und Produktplatzierung gehören nicht zum Grundversorgungsauftrag
13 des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks und sind für diesen grundsätzlich
14 abzulehnen.

15
16 Produktplatzierung in Unterhaltungssendungen des Privatfernsehens oder in
17 Kinofilmen muss durch Nennung der Sponsoren im Filmabspann kenntlich
18 gemacht werden. Die Jungliberalen sprechen sich jedoch entschieden gegen die
19 Unterbrechung von Filmen sowie gegen Untertitel als Mittel zur kenntlich
20 Machung von Produktplatzierung aus. Schleichwerbung in jeglicher Form lehnen
21 wir ab.

22
23 In den Printmedien stellt die Themenplatzierung in Form von redaktionellen
24 Beiträgen ein nicht zu vernachlässigendes Problem dar. Die Unabhängigkeit von
25 Redaktionen muss weiterhin gewahrt werden. Die Jungliberalen fordern daher,
26 diese vermeintlich redaktionellen Beiträge stärker als bisher als
27 Themenplatzierung kenntlich zu machen. Deshalb halten wir einen Werbehinweis
28 auf jeder entsprechenden Seite in mindestens der gleichen Schriftgröße, in der
29 der redaktionelle Beitrag gedruckt ist, für unerlässlich.

30
31 So genannte Experten, die in Nachrichten oder Ratgebersendungen zu
32 bestimmten Themen befragt werden, jedoch keine unabhängige Meinung
33 vertreten, da sie im Auftrag eines Unternehmens sprechen, müssen auch im
34 Untertitel mit dem jeweiligen Firmennamen vermerkt werden.

35
36 Teilhabe an Medien, insbesondere von politischen Parteien, muss nach Ansicht
37 der Jungliberalen stärker als bisher offen gelegt werden. Die Teilhaber müssen
38 im Impressum beziehungsweise Videotext genannt werden.

39
40 Begründung: erfolgt mündlich

41

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 17
Thema: Rechtsanspruch auf Bewerbungskostenzuschuss für
ALGII-Empfänger

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2
3 **„Rechtsanspruch auf Bewerbungskostenzuschuss für ALGII-Empfänger“**

4
5 Die Jungen Liberalen fordern einen Rechtsanspruch auf den
6 Bewerbungskostenzuschuss für Arbeitssuchende ALGII-Empfänger! Die bisherige
7 „Kann-Bestimmung“ seitens der Arbeitsagentur bzw. ARGE, die je nach jeweiliger
8 Haushaltslage einen Zuschuss zwischen 100 und 260 Euro für Bewerbungen pro
9 Jahr vorsieht ist aufzuheben! Jedem arbeitssuchenden ALGII-Empfänger muss im
10 Sinne des „Förderns“ ein Rechtsanspruch zustehen, wenn er glaubhaft seine
11 Bewerbungen – in form von Bewerbungsschreiben bzw. Ablehnungs- oder
12 Eingangsbestätigungen nachweisen kann.

13
14 Die bisherige Höhe von 260 Euro – also für 52 Bewerbungen zu je 5 Euro ist
15 zudem anzupassen, sodass ein Bewerbungskostenzuschuss von 500,00 Euro pro
16 Jahr möglich ist! Die bisherige Erstattungspraxis, die pro Bewerbung 5 Euro
17 erstatt, ist dabei beizubehalten.

18
19 **Begründung:**

20
21 Im Sinne des Prinzips des „Forderns und Förderns“ muss es arbeitssuchenden
22 ALGII-Empfängern ermöglicht werden, dass sie eine bestmögliche Unterstützung
23 bei der Arbeitssuche erhalten. Bisher haben jene Personen jedoch keinen
24 Rechtsanspruch auf die Erstattung der Bewerbungskosten. Diese ist abhängig
25 von der jeweiligen Haushaltslage der ARGE bzw. der Arbeitsagentur. Zudem ist
26 selbst bei der Höchstgrenze von 260 Euro pro Jahr lediglich eine Zahl von 52
27 Bewerbungen möglich. Dies ist jedoch in vielen Fällen und insbesondere bei
28 Langzeitarbeitslosen oder jugendlichen Arbeitslosen unzureichend.

29
30 Wer sich aktiv um Arbeit bemüht, dem ist es nicht zuzumuten, dass er dadurch
31 weniger Geld von den max. 345,00 Euro zur Verfügung hat, als jene, die keine
32 Bewerbungen schreiben! Der Staat muss die aktive Arbeitssuche unterstützen.

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 18
Thema: Kein Aussetzen der Mietzahlungen für ALGII-Empfänger

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Kein Aussetzen der Mietzahlungen für ALGII-Empfänger“**

4

5 Die Jungen Liberalen lehnen die zum 1.1.2007 in Kraft getretene Fortentwicklung
6 zur sog. ALGII-Gesetzgebung ab! Seit diesem Zeitpunkt dürfen einem ALGII-
7 Empfänger bei der 2. (für unter 25-jährige) bzw. der 3. Ablehnung (für über 25-
8 Jährige) eines Angebotes gemäß Eingliederungsvereinbarung alle Leistungen
9 gestrichen werden. Dies umfasst auch die Zahlungen der Miete!

10

11 Die Jungen Liberalen sehen es als mit den Zielen der ALGII-Gesetzgebung
12 (Fördern und Fordern) sowie einer bestmöglichen Wiedereingliederung in den 1.
13 Arbeitsmarkt nicht vereinbar an. Wenn ALGII-Empfängern die Mietzahlungen
14 eingestellt werden und sie daher ihre Wohnung verlieren, werden sie in eine
15 Situation versetzt in der sie die schlechtestmögliche Position erhalten, niemals
16 wieder eine Arbeit aufnehmen zu können.

17

18 Wir halten die Kürzung der Leistungen bei Ablehnung von Angeboten für
19 gerechtfertigt und sind der Meinung, dass die Ausstellung von
20 Lebensmittelkarten und die direkte Überweisung der Mietzahlungen an den
21 jeweiligen Vermieter als letztmögliches Sanktionsmittel ausreichend sind.

22

23 Begründung:

24

25 Seit dem 1.1.2007 dürfen ALGII-Empfänger die Mietzahlungen für 2 Monate
26 gestrichen werden, wenn sie entsprechende Angebote der Arbeitsagentur
27 ablehnen. Bevor dies jedoch eintritt dürfen die ALG2-Zahlungen schon um 60
28 Prozent eingekürzt werden, die Mietzahlungen direkt auf das Konto des
29 Vermieters überwiesen werden und zuletzt Lebensmittelkarten anstatt
30 Geldzahlungen angewiesen werden.

31

32 Wer sich nach diesen Sanktionen noch ein Angebot ablehnt, dem wird die Miete
33 nicht mehr gezahlt für 2 Monate. D.h. es wird mit dem Druckmittel der
34 Obdachlosigkeit – bei ausstehenden Mietzahlungen gegenüber dem Vermieter –
35 gedroht. Wer jedoch schon Arbeit verloren hat und nunmehr der Obdachlosigkeit
36 aus eigener Uneinsichtigkeit oder Unfähigkeit entgegenseht, wird aus der
37 Gesellschaft herausgedrängt. Solche Menschen haben nichts mehr zu verlieren
38 und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie zu Kriminalität und Gewalt neigen. Jene
39 Kosten würden der Gesellschaft höher zu Buche schlagen, also die Mietzahlungen
40 bei angemessenem Wohnraum.

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 19
Thema: Abschaffung der Ein-Euro Jobs

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2
3 **„Abschaffung der Ein-Euro Jobs“**

4
5 Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung der Ein-Euro Jobs!
6 Einerseits gefährden unklare Abgrenzungen für die Ein-Euro Jobs Arbeitsplätze
7 im regulären ersten Arbeitsmarkt und andererseits nützen den Ein-Euro Jobbern
8 die sechsmonatigen Maßnahmen nichts, um die notwendigen Qualifikationen für
9 den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erlangen.

10
11 Gerade für die junge Generation sind Ein-Euro-Jobs keine Option, da Praktikas,
12 Trainingsmaßnahmen und Eingliederungsbeihilfen für Arbeitgeber deutlich
13 erfolgsversprechender sind und eine viel stärker berufsorientierte Maßnahme
14 darstellen.

15
16 Die Ein-Euro Jobs sind abzuschaffen, stattdessen müssen einzelfallorientierte
17 Weiterbildungskonzepte für die Arbeitssuchenden, deren berufliche
18 Qualifikationen nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen oder
19 die keinen berufsqualifizierenden Abschluss erworben haben, gefunden werden.

20
21 Besonders jene, die bereits einen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen und
22 damit gute Voraussetzungen für eine Weiterbildung haben, müssen
23 entsprechende Angebote erhalten. Berufliche Weiterbildung muss für den Staat
24 vorrangig sein, anstatt ABM-Maßnahmen oder 1-Euro-Jobs zu subventionieren!
25 Die Zahlen der Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom
26 Februar 2007 belegen insbesondere für Ostdeutschland, dass 75% der Frauen
27 und 60% der Männer in Ostdeutschland, die in Beschäftigungsmaßnahmen sind,
28 bereits eine berufliche Ausbildung haben!

29
30 Insbesondere der Fachkräftemangel in Deutschland muss ein Umdenken
31 bewirken! Dieses ungenutzte Potential kann nicht weiterhin berufsfern „verwahrt“
32 werden, sondern muss für die Wirtschaft erschlossen werden.

33
34 **Begründung:**

35
36 Ursprünglich sollte mit dieser Maßnahme das Ziel verfolgt werden, gerade
37 Langzeitarbeitslose wieder an das Berufsleben heranzuführen und ihnen
38 Einstiegschancen in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das Projekt ist
39 gescheitert.

1 Die Schaffung von Jobs, die einerseits arbeitsmarktfrem sein müssen, um keine
 2 bestehenden Arbeitsplätze durch Billiglöhner zu gefährden, aber andererseits den
 3 Einstieg ins Berufsleben ermöglichen sollen, ist ein unsinniges Konzept.

4
 5 So schreibt selbst die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 6 (IAB <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb0207.pdf>;) vom Februar
 7 2007 „Außerdem ist die Qualifikationsstruktur der Personen in sozialen
 8 Arbeitsgelegenheiten in Ostdeutschland besser als in Westdeutschland (siehe
 9 Abschnitt 4.3)17. Sie besitzen in der Mehrzahl (71%) einen
 10 Ausbildungsabschluss, im Westen beträgt der Anteil nur 29%. So lohnt es sich
 11 für die Betriebe im Osten noch mehr, Zusatzjobber zu beschäftigen.“

12
 13 „Eine gezielte Vermittlung von arbeitslosen ALG II-Empfängern in besonders
 14 knapp ausgestattete Betriebe mit dem Ziel der Arbeitsunterstützung kann auch
 15 vor diesem Hintergrund im Osten eine noch größere Bedeutung als im Westen
 16 haben. Aber nicht nur Unterstützung, sondern auch finanzielle Entlastung könnte
 17 ein rationales Motiv sowohl bei der Vergabe als auch auf Seiten der Betriebe
 18 sein. Die Überlegungen werden auch durch die Betrachtung der Zahl der
 19 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Sozialer Arbeitsgelegenheit in den
 20 einzelnen Wirtschaftszweigen gestützt. Während in der öffentlichen Verwaltung
 21 im Osten auf einen Zusatzjob 8 sozialversicherungspflichtige
 22 Beschäftigungsverhältnisse kommen, sind es in Westdeutschland etwa 53. Eine
 23 große Differenz zeigt sich auch in den Sonstigen privaten und öffentlichen
 24 Dienstleistungen: Im Osten gibt es hier 4 sozialversicherungspflichtig
 25 Beschäftigte je Zusatzjob, im Westen 30. In den Sozialen Dienstleistungen
 26 kommen 13 bzw. 26 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf einen
 27 Zusatzjob.“

28
 29 „Im Osten sind 22% der Frauen in Zusatzjobs ohne Berufsausbildung, im Westen
 30 liegt der Anteil mit 62% fast dreimal so hoch. Korrespondierend dazu haben im
 31 Osten 75% der Frauen eine berufliche Ausbildung, im Westen nur 36%.
 32 Tendenziell ähnlich zeigt es sich bei Männern: un- und angelernt sind im Osten
 33 37%, im Westen dagegen 76%, der Anteil liegt hier also noch höher als bei den
 34 Frauen im Westen. Und während 60% der Männer im Osten eine
 35 Berufsausbildung haben, verfügen im Westen nur 23% der männlichen
 36 Zusatzjobber darüber.“

37
 38 „Besondere Zielgruppen Sozialer Arbeitsgelegenheiten sollen Personen sein, die
 39 geringe Chancen auf einen (Wieder-)Einstieg ins Erwerbsleben haben, wie
 40 Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Langzeitarbeitslose. Nach
 41 Angaben der Betriebe waren durchschnittlich 4% der Frauen und 14% der
 42 Männer in Sozialen Arbeitsgelegenheiten gesundheitlich beeinträchtigt, wobei der
 43 Anteil im Osten etwas niedriger liegt als im Westen.“

44
 45 Laut Erhebung konnte jeder zweite befragte Betrieb durch Soziale
 46 Arbeitsgelegenheiten sein Leistungsangebot ausweiten bzw. qualitativ
 47 verbessern, am häufigsten innerhalb der Sonstigen privaten und öffentlichen
 48 Dienstleistungen (56% der Betriebe), seltener in der Öffentlichen Verwaltung
 49 (38%). Dieser aus einzelbetrieblicher Sicht positive Effekt kann sich auf
 50 gesamtwirtschaftlicher Ebene negativ auswirken. Die Zusatzjobber arbeiten ohne
 51 zusätzliche Lohnkosten, die entstehenden Qualifizierungs- und Sachkosten sollen
 52 durch die Maßnahmepauschale abgedeckt sein. Da sich die Mehrzahl der Betriebe
 53 auch nicht durch Organisations- oder Betreuungsaufwand belastet sieht, erfolgt

1 die Leistungsausweitung bzw. -verbesserung zu geringen oder ganz ohne Kosten.
2 Wenn die Betriebe, in denen dies zutrifft, in Konkurrenz zu anderen Betrieben
3 stehen, in denen keine Zusatzjobber arbeiten (dürfen), resultieren daraus
4 Einflüsse auf die bestehende Wettbewerbssituation: ein Teil aller Betriebe kann
5 ohne Kostenerhöhung seine Leistung ausweiten, ein anderer Teil dagegen nicht.
6 Vor allem in den Sozialen Dienstleistungen, wo neben den öffentlichen und
7 gemeinnützigen Einrichtungen viele private Betriebe tätig sind, sehen wir diese
8 Gefahr. Die Betriebe wurden gefragt, ob durch Zusatzjobber Arbeiten erledigt
9 werden, die vorher gar nicht durchgeführt wurden (zusätzliche Arbeiten). Rund
10 65% der Betriebe bejahten dies. Rund ein Viertel verneint jedoch, die Tätigkeiten
11 sind hier also nicht zusätzlich und es ist fraglich, ob die Beschäftigung in Sozialen
12 Arbeitsgelegenheiten im Sinne der gesetzlichen
13 Regelungen stattfindet. Das betrifft vor allem die Sozialen Dienstleistungen, hier
14 berichten 30% der Betriebe, dass die Tätigkeiten im Allgemeinen nicht
15 zusätzlicher Natur sind."

16
17 „Dass die Betriebe die Mehrzahl der Zusatzjobber als geeignet für eine
18 Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt einschätzt, bedeutet jedoch nicht,
19 dass ein Übergang auch möglich ist. Nur bei 2% aller geeigneten Zusatzjobber
20 wird beabsichtigt, diese in die Belegschaft zu übernehmen, bei weiteren 5%
21 denken die Betriebe darüber nach. Für alle anderen besteht die Möglichkeit der
22 Übernahme aus betrieblicher Sicht nicht. Hauptgrund dafür sind fehlende
23 finanzielle Mittel (78% dieser Fälle)."

24
25 „Zum zweiten müsste sichergestellt werden, dass durch Soziale
26 Arbeitsgelegenheiten keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung am
27 ersten Arbeitsmarkt verdrängt wird, denn anderenfalls verringert sich die
28 Arbeitslosigkeit insgesamt nicht. Unsere Untersuchungsergebnisse geben aber
29 Indizien dafür, dass etwa jeder zweite Betrieb zumindest einen Teil seiner
30 beschäftigten Zusatzjobber nicht im Sinne des Gesetzgebers einsetzt."

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 20

Thema: Liberalisierter Gasmarkt – Anbieterwechsel in Sachsen
ermöglichen

Antragssteller: KV Löbau-Zittau

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:
2

3 **„Liberalisierter Gasmarkt – Anbieterwechsel in Sachsen ermöglichen!“**
4

5 Wir fordern die Politiker im sächsischen Landtag und in der sächsischen
6 Staatsregierung auf, die Liberalisierung des Gasmarktes in Sachsen weiter voran
7 zu treiben und diesen für andere Anbieter zu öffnen. Kunden muss es möglich
8 sein ihren Gasanbieter frei zu wählen.
9

10 Des Weiteren wird das sächsische Ministerium für Wirtschaft auf gefordert, die
11 Preise der sächsischen Gasanbieter auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen und
12 gegebenenfalls die entsprechenden Firmen abzumahnern. Die Gasversorger
13 sollten gezwungen werden, ihre Preiskalkulation offen zulegen, so lange noch
14 kein echter Wettbewerb herrscht. Außerdem ist eine sinnvolle Lösung für
15 Netzentgelte zu finden, die einen ausgewogenen Wettbewerb ermöglicht und
16 „Quasi-Monopstrukturen“ wie im Bereich Telefonfestnetz verhindert.
17

18
19 Begründung:

20
21 Gaspreise in Sachsen mit am höchsten!
22

23 Jeder kann beim Bundeskartellamt Einblick in die derzeitigen Gaspreise in
24 Deutschland nehmen. Wer das tut wird erschrecken, da die sächsischen Anbieter
25 mit am teuersten in Deutschland sind. Zwischen dem billigsten und dem
26 teuersten Versorger liegen dabei ca. 50 % Preisunterschied. Das ist nicht nur
27 schlecht für uns private Verbraucher, sondern auch für die Unternehmen in der
28 Region. Trotz liberalisiertem Gasmarkt, ist es immer noch nicht möglich den
29 Gasanbieter frei zu wählen.
30

31 Das Ganze ist nicht mehr hinnehmbar. Selbst innerhalb Sachsens gibt es unter
32 den Gasanbietern große Unterschiede. Als Liberale sind wir für mehr Wettbewerb
33 und wollen den Bürgern die Möglichkeit geben selbst zu entscheiden welches
34 Produkt sie haben wollen. Durch einen größeren Wettbewerb versprechen wir uns
35 sinkende Preise für die Kunden und größere Märkte für die Anbieter. Schließlich
36 könnte so mancher günstige Anbieter mehr Kunden haben, wenn er nur die
37 Möglichkeit hätte sein Gas auch in andere Regionen zu liefern.

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 21
Thema: Chancengleichheit für Sachsens Händler
Antragssteller: KV Leipzig

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Chancengleichheit für Sachsens Händler“**

4

5 Julia Sachsen fordert die vollständige Freigabe der Ladenöffnungszeiten in
6 Sachsen. Wir fordern die Sächsische Staatsregierung auf, unverzüglich
7 entsprechende Regelungen zu schaffen.

8

9

10 Begründung:

11

12 Die Jungen Liberalen fordern seit langer Zeit die Abschaffung des
13 Ladenschlussgesetzes und die generelle Freigabe der Ladenöffnungszeiten. Die
14 sächsische Staatsregierung nutzt die
15 nunmehr mögliche Regelung auf Landesebene im Gegensatz zu anderen
16 Landesregierungen nicht, sondern beharrt auf einer einschränkenden Regelung,
17 die nur eine Öffnung werktags von 6 bis 22 Uhr vorsieht.

18 Im Hinblick auf die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in angrenzenden
19 (Bundes-)Ländern müssen die Händler in den Grenzregionen Sachsens mit
20 großen Wettbewerbsnachteilen rechnen, wenn die Konkurrenz wenige Kilometer
21 entfernt länger geöffnet bleibt und möglicherweise auch an Sonntagen den
22 Kunden offen steht.

23

24 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 22
Thema: Für eine Transrapidstrecke in Sachsen

Antragssteller: KV Dresden

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Für eine Transrapidstrecke in Sachsen“**

4

5 Die Jungliberale Aktion Sachsen steht einer Transrapidstrecke durch Dresden
6 offen gegenüber und fordert und fördert Diskussionen in der Öffentlichkeit und
7 den entsprechenden Gremien darüber.

8

9 Begründung:

10

11 erfolgt mündlich

Jungliberale Aktion Sachsen 40. Landeskongress 24. Februar 2007, Schneeberg	Abstimmung:
Antrag Nr.: 23	Ja: _____
Thema: Handlungsfähigkeit der jungliberalen Bundesarbeitskreise wiederherstellen	Nein: _____
Antragssteller: KV Erzgebirge	Enthaltung: _____
	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3 **„Handlungsfähigkeit der jungliberalen Bundesarbeitskreise**
4 **wiederherstellen“**

5

6 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert den Bundesvorstand der Jungen
7 Liberalen auf, ein Konzept zu erarbeiten, welches es den JuLiS-
8 Bundesarbeitskreisen ermöglicht, ihre Aufgaben wieder in vollem Umfang
9 wahrzunehmen.

10

11 Begründung:

12

13 Die JuLiS-Bundesarbeitskreise haben zum letzten Mal vom 03.-05. 02.2006 auf
14 dem Politisch-Programmatischen Wochenende (PPW) in der Gummersbacher
15 Theodor-Heuss-Akademie getagt. Damals wurde das PPW ausgerichtet von der
16 Friedrich-Naumann-Stiftung in Kooperation mit dem Bundesverband der Jungen
17 Liberalen. Dies ist laut richterlichen Beschlusses nicht mehr möglich, da die
18 Stiftung keine Kooperationsveranstaltungen durchführen darf, bei der
19 parteipolitische Arbeit erledigt wird. Die Folge ist, dass zwar von der Friedrich-
20 Naumann-Stiftung weiterhin s. g. „Jugendpolitische Foren“ ausgerichtet werden,
21 diese allerdings die Bundesarbeitskreise in der Form nicht ersetzen können, da
22 auf diesen Veranstaltungen keine verwiesenen Anträge bearbeitet werden
23 dürfen.

24 Die Bundesarbeitskreise sind äußerst wichtig für die Programmatik der Jungen
25 Liberalen. Deshalb kann es nicht sein, dass diese seit nunmehr über einem Jahr
26 nur noch theoretisch existieren.

27 Es ist unbedingt notwendig, zeitnah eine akzeptable Lösung zu finden.

Jungliberale Aktion Sachsen 40. Landeskongress 24. Februar 2007, Schneeberg	Abstimmung:
Antrag Nr.: 24 Thema Nationalhymne auf sächsischen Landeskongressen singen	Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____
Antragssteller: KV Erzgebirge	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:
2

3 **„Singen der Deutschen Nationalhymne auf Landeskongressen der JuLiA**
4 **Sachsen“**
5

6 Der Landesverband der Jungliberalen Aktion Sachsen spricht sich dafür aus, am
7 Ende eines Landeskongresses nach dem Schlusswort des Landesvorsitzenden die
8 dritte Strophe des Deutschlandliedes
9

10 Einigkeit und Recht und Freiheit
11 für das deutsche Vaterland.
12 Danach lasst uns alle streben,
13 brüderlich mit Herz und Hand.
14 Einigkeit und Recht und Freiheit
15 sind des Glückes Unterpfand.
16 Blüh' im Glanze dieses Glückes,
17 blühe, deutsches Vaterland.
18

19 zu singen.
20

21 Begründung:
22

23 Wir sehen die Nationalhymne als Identifikationsmittel eines liberal-
24 demokratischen, deutschen Staatsbürgers. Sie enthält die Inhalte, wofür wir
25 Liberale stehen: Ein nach Jahren der Teilung in Frieden vereintes,
26 rechtsstaatliches und freiheitliches Deutschland. Zur Fußball-Weltmeisterschaft
27 im letzten Jahr hat sich gezeigt, dass jemand, der unsere Hymne singt, weder
28 konservativ oder rechtsradikal, noch nationalistisch oder ausländerfeindlich ist.
29 Im Gegenteil haben wir ein weltoffenes und tolerantes Deutschland gezeigt –
30 nämlich genau das, was unsere Hymne symbolisiert. Überlassen wir das Feld
31 nicht den Konservativen, nicht der JU oder sonst irgendwem. Singen wir unsere
32 dritte Strophe - niemand hat sie gepachtet!

Jungliberale Aktion Sachsen
40. Landeskongress
24. Februar 2007, Schneeberg

Antrag Nr.: 25
Thema: Juli-Hymne auf Landeskongressen in Sachsen gemeinsam singen

Antragssteller: KV Erzgebirge

Abstimmung:

Ja: _____

Nein: _____

Enthaltung: _____

verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2
3 **„Juli-Hymne auf Landeskongressen in Sachsen gemeinsam singen“**

4
5 Die Hymne der Jungen Liberalen ist ein Ausdruck von Jugend und Freiheit.
6 Deshalb sollte sie, um unser gemeinsames Ziel zu stärken, gemeinsam auf den
7 sächsischen Landeskongressen gesungen werden.

8 Der Text lautet:

9 (1)

10 Für die Freiheit wolln' wir streiten,
11 Menschenrecht den Weg bereiten,
12 reichen Fremden gerne die Hand
13 Bereicherung für unser Land.

14 Wir wollen keine falsche Gleichheit,
15 sondern Chancengerechtigkeit.

16 Wir wollen Verantwortung privat
17 und wollen keinen starken Staat

18 Ref:

19 Denn wir sind jung und wir sind frei
20 und eins ist klar, wir sind dabei.

21 Rot und Grün kann uns nicht schrecken,
22 Schwarz niemals das Herz erwecken.

23 Freiheit bleibt unser Ideal,
24 denn wir sind Jung und Liberal

25 (2)

26 Wir wollen Marktwirtschaft gestalten,
27 statt Korruption verwalten.

28 Bei der Umwelt, da denken wir schon
29 an die nächste Gen'ration

30 Mit CDU und CSU

31 macht Deutschland seine Grenzen zu.

32 Das werden wir verhindern,
33 nicht nur mit High-Tech-Indern

34 Ref.

35 (3)

36 Will die SPD verschulden,
37 werden wir das hier nicht dulden.

38 Jetzt ist Schluss mit aller Subvention
39 und der Steinkohlereligion.

40 Sind die Grünen so betroffen,
41 falsch gefühlighkeitsbesoffen.

42 Der Traum von einer bess'ren Welt
43 träumt sich schön mit fremdem Geld

Ref.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10

Begründung:

Was nützt uns eine Hymne, die nur bei Feiern gesungen wird? Diese Hymne ist ein Bestandteil der jungliberalen Überzeugung und sollte deshalb auch gemeinsam am Anfang eines Landeskongresses gesungen werden, um dann in die Tagesordnung einzusteigen und frisch motiviert zur programmatischen Arbeit über zu gehen.